

Ausschuss im EU-Parlament gegen De-facto-Verbot von Bitcoin

Brüssel. Grüne, Sozialdemokraten und Linke sind im EU-Parlament mit dem Versuch gescheitert, ein De-facto-Verbot der Digitalwährung Bitcoin zu ermöglichen. Eine Mehrheit der Abgeordneten im Ausschuss für Wirtschaft und Währung stimmte am Montag gegen einen entsprechenden Änderungsantrag von Regeln für Krypto-Dienstleistungen (Mica). Die Richtlinie soll auf Vorschlag der EU-Kommission erstmals einheitliche Regeln für Digital- und Kryptowährungen in der EU wie den Bitcoin schaffen. Der Änderungsantrag, der abgelehnt wurde, hätte de facto ein Verbot des energiehungrigen Konsens- und Schutzverfahrens «Proof of Work» bedeutet, bei dem sehr aufwendige Rechenaufgaben gelöst werden müssen.

Für einen Alternativantrag ohne ein Verbot stimmte eine Mehrheit: 32 Abgeordnete waren dafür, 24 dagegen, 3 Abgeordnete enthielten sich. Der große Energiebedarf dieser Berechnungen hat schon vor Jahren eine hitzige Debatte über die Nachhaltigkeit von Kryptowährungen ausgelöst. Je höher der Bitcoin-Preis steigt, desto mehr sogenannte Bitcoin-Miner konkurrieren um das Schürfen neuer Münzen. Damit steigen die Komplexität der Rechenaufgaben und somit der Energieverbrauch. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/423038.ausschuss-im-eu-parlament-gegen-de-facto-verbot-von-bitcoin.html>